

Hand- wörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe

Bente Gießelmann, Robin Heun, Benjamin Kerst, Lenard Suermann, Fabian Virchow
(Hrsg.)



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

© Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.

Bente Gießelmann, Robin Heun, Benjamin Kerst,
Lenard Suermann, Fabian Virchow (Hrsg.)

Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe

Mit Beiträgen von

Tim Ackermann, Leroy Böthel, David Freydank,
Sebastian Friedrich, Bente Gießelmann,
Alexandra Graevskaia, Mark Haarfeldt,
Alexander Häusler, Robin Heun, Helmut Kellershohn,
Benjamin Kerst, Susanne Kleinfeld, Felix Kronau,
Frank Lattrich, Michael Lausberg, Christoph Schulze,
Bernhard Steinke, Lenard Suermann,
Stefan Vennmann, Fabian Virchow, Regina Wamper



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Diese Publikation wird unterstützt von „Mach meinen
Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen
Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e. V.“

© WOCHENSCHAU Verlag
Dr. Kurt Debus GmbH
Schwalbach/Ts. 2016

www.wochenschau-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Titelentwurf: Ohl Design
Lektorat: Laura Mohacsi
Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag
Gedruckt auf chlorfreiem Papier
ISBN 978-3-7344-0155-8 (Buch)
ISBN 978-3-7344-0156-5 (E-Book)

© Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.

Inhalt

Einleitung	7
68er von <i>Fabian Virchow</i>	22
Abendland von <i>Susanne Kleinfeld</i>	35
Dekadenz von <i>Felix Kronau</i>	49
Demokratie von <i>Robin Heun</i>	59
Deutschenfeindlichkeit von <i>Bernhard Steinke</i>	76
Freiheit von <i>Fabian Virchow</i>	90
Gemeinschaft von <i>Leroy Böthel</i>	99
Geschlechtergleichschaltung von <i>Regina Wamper</i>	113
Heldengedenken von <i>Robin Heun und David Freydank</i>	128
Islamisierung von <i>Benjamin Kerst</i>	144
Jude von <i>Stefan Vennmann und Frank Lattrich</i>	162
Kameradschaft von <i>Christoph Schulze</i>	176
Kapitalismus von <i>Fabian Virchow</i>	186
Nation von <i>Alexander Häusler</i>	199
Nationaler Sozialismus von <i>Mark Haarfeldt</i>	210
Natur von <i>Fabian Virchow</i>	220
Political Correctness von <i>Bente Gießelmann</i>	229
Rasse von <i>Sebastian Friedrich</i>	244
Raum von <i>Mark Haarfeldt</i>	257

Schuld-Kult von <i>Lenard Suermann</i>	269
Umvolkung von <i>Helmut Kellershohn</i>	282
USA von <i>Tim Ackermann</i>	298
Vertriebene von <i>Michael Lausberg</i>	315
Vorbürgerkrieg von <i>Helmut Kellershohn</i>	326
Zigeuner von <i>Alexandra Graevskaia</i>	340
Stichwortverzeichnis	355
Autorinnen und Autoren	361

Wem nützt der Satz?
Wem zu nützen gibt er vor?
Zu was fordert er auf?
Welche Praxis entspricht ihm?
Was für Sätze hat er zur Folge?
Was für Sätze stützen ihn?
In welcher Lage wird er gesprochen?
Von wem?

Bertolt Brecht

Einleitung

Schafft Deutschland sich ab? Ist der ‚Untergang des Abendlandes‘ noch abwendbar oder steht der ‚Volkstod‘ bevor? Ob als Ausrufe bei Aufmärschen, auf Transparenten oder in Texten – solche Bedrohungs- und Krisenszenarien der extremen Rechten sind vielfach wahrnehmbar. Als Ursache dieser Szenarien werden mal die ‚etablierten Parteien‘, mal eine ‚anti-deutsche‘ Politik anderer Staaten oder Interessengruppen, schließlich die ‚dekadente‘ Konsumgesellschaft oder angeblich ‚fremde‘ Gruppen innerhalb der deutschen Bevölkerung genannt. Die dramatisierende Erzählung vom bevorstehenden Untergang und die Darstellung der ‚deutschen Nation‘ als Opfer zielen auf die Erzeugung von Handlungsdruck und die Mobilisierung des eigenen politischen Lagers. Als Beispiel mag hier ein Zitat des langjährigen NPD-Landtagsabgeordneten Jürgen Gansel dienen, der im Zusammenhang mit dem Erscheinen eines EU-kritischen Buches des SPD-Politikers Thilo Sarrazin im Jahre 2012 ausführte: „Durch den Dauereinsatz der Holocaust-Keule werden die Deutschen in eine Schuldknechtschaft gezwungen, die es ausländischen Kreisen gerade auch in der Euro-Krise ermöglicht, die Deutschen wirtschaftlich auszunutzen und politisch zu erpressen.“ (Gansel online 2012) In dieser Formulierung finden sich zentrale Bausteine gegenwärtiger extrem rechter Positionierungen: die Gegenüberstellung von ‚ausländischen Kreisen‘ einerseits und ‚den Deutschen‘ andererseits, die Markierung ‚der Deutschen‘ als politische und ökonomische Opfer und der Verweis auf eine angebliche Instrumentalisierung des Nationalsozialismus und der NS-Verbrechen (‚Holocaust-Keule‘), die dazu diene, die Deutschen‘ in einer unterlegenen Position zu halten. Diese Interpretation ist Allgemeingut in den verschiedenen extrem rechten beziehungsweise völkisch-nationalistischen Zirkeln, Organisationen und Projekten. In-

sofern stiften solche Erzählungen Identität, markieren das politische Gegenüber („den Feind“) und rufen zur Abwendung der unmittelbaren Gefahr zum Handeln auf.

Was bedeutet: Kampfbegriffe?

Es lassen sich fünf Typen von Begriffen unterscheiden, die in ihrer Funktion zu unterscheiden sind, deren Abgrenzung in der Praxis jedoch nicht immer trennscharf möglich ist:

Liest und analysiert man Texte der extremen Rechten, so fallen zunächst Begriffe auf, die unmittelbar auf den politischen Standort derjenigen verweisen, die ihn verwenden. Dies gilt etwa für Begriffe wie ‚Umvolkung‘ oder ‚Schuld-Kult‘. In diesen Begriffen findet eine starke Verdichtung der Deutungen historischer und gegenwärtiger Ereignisse und Entwicklungen statt, sodass die extrem rechten Weltanschauungen besonders deutlich zutage treten. Die Begriffe haben zudem einen hohen Wiedererkennungswert. Auch wird durch ihre Verwendung in der Regel die Zugehörigkeit des Autors oder der Autorin zur extremen Rechten sichtbar (gemacht).

Andere Begriffe, wie etwa ‚Islamisierung‘, stellen keine Wortschöpfungen der extremen Rechten dar und werden auch nicht exklusiv von ihr genutzt; sie transportieren jedoch ebenfalls die Vorstellung von bedrohlichen Entwicklungen. Sie bieten sich daher an, mit Deutungen, die die extreme Rechte in anderen Themenfeldern vornimmt – beispielsweise Einwanderung, Geflüchtete, Kriminalität – verknüpft zu werden. Auf diese Weise zielt die extreme Rechte darauf, solche weitgehend negativ aufgeladenen Themen zu einer geschlossenen Vorstellungswelt zusammenzuführen.

Ein dritter Typ von Begriffen umfasst solche Ausdrücke, die in weiten Teilen der deutschen Gesellschaft bekannt sind, jedoch inzwischen in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung abgenommen haben. Bei entsprechenden Begriffen – etwa ‚Gemeinschaft‘ oder ‚Kameradschaft‘ – bemüht sich die extreme Rechte um eine Aufwertung und Re-Aktualisierung.

Ein weiterer Begriffstyp umfasst jene Begriffe, die der Markierung und Charakterisierung jener Akteur_innen¹ dienen, die in extrem rechten Weltdeutungen als Feind bestimmt werden. Hierunter fallen beispielsweise Begriffe wie ‚Jude‘, ‚68er‘ oder ‚USA‘. Mit ihnen werden spezifische Erzählungen verbunden, in denen die jeweils Genannten als Ursache für die ‚Benachteiligung und Erniedrigung des deutschen Volkes‘ bezeichnet werden. Diese Begriffe dienen insbesondere auch der Konstruktion eines ‚völkischen Wir‘, das sich gegen die Bedrohungen zur Wehr setzen müsse.

Schließlich gibt es verschiedene Begriffe, die für die extreme Rechte ebenfalls zentrale Bedeutung haben, die aber insofern Irritation hervorrufen, als dass man sie nicht unbedingt mit der extremen Rechten in Verbindung bringen würde. Dies gilt beispielsweise für Begriffe wie ‚Freiheit‘ oder ‚Demokratie‘, die die extreme Rechte für sich beansprucht. Tatsächlich ist es bei einer entsprechenden Verwendung hilfreich und notwendig, die damit verbundenen Vorannahmen und Ausdeutungen genau zu analysieren, um den Versuch, diese Begriffe zu besetzen, zurückweisen zu können.

Wir bezeichnen alle hier vorgestellten Begriffstypen als Kampfbegriffe, weil sie entweder einen wichtigen Stellenwert in der Feindmarkierung haben, weil sich extrem rechte Weltdeutungen in einzelnen Begriffen verdichten oder aber weil die extreme Rechte um die den Begriffen zugewiesenen Bedeutungen einen politischen Kampf führt, dessen Ziel die Verankerung eigener Deutungen in möglichst breiten Kreisen der Gesellschaft ist.

Was bedeutet: Diskurs?

Mit Bezug auf den französischen Philosophen Michel Foucault können die durch die Kampfbegriffe transportierten Konzepte und Bot-

1 Wir haben für die Texte eine geschlechtersensible Schreibweise gewählt, um die Möglichkeit zweier oder mehrerer Geschlechter sichtbar zu machen.

schaften als spezifisches Wissen verstanden werden, das mit anderen Wissensbeständen in Konkurrenz steht. Dabei wird um die Frage gerungen, welches Wissen als ‚gültig‘ beziehungsweise als ‚wahr‘ gelten darf. In diesem Sinne bezeichnet Wissen keine Sammlung endgültiger, wahrer und objektiver Fakten, sondern wird in gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen beständig neu verhandelt und verändert – „Wirklichkeit wird gedeutet, nicht ‚erkannt““ (Jäger/Jäger, 2007, 7).

Alltägliche Begriffe strukturieren unsere Wahrnehmung und tragen zu einer bestimmten Sicht auf soziale Wirklichkeit bei, indem sie kontextuelle Deutungen anbieten und Denkrichtungen vorgeben. Die unterschiedlichen Deutungen der Wirklichkeit entspringen den verschiedenen Sichtweisen und Meinungen, Interessenlagen und Zielvorstellungen, Traditionen und Geschichten, die sich manches Mal vehement widersprechen und einen Streit um Wahrheit, Normen und Werte unausweichlich werden lassen. ‚Gültiges‘ Wissen ist das Produkt dieser Deutungskämpfe. Gelingt es, Deutungshoheit zu erringen, erwächst die Möglichkeit, soziale und politische Gestaltungs- und Handlungsweisen zu etablieren sowie andere Deutungen zu verdrängen. Insofern ist nach Foucault Wissen unmittelbar mit Macht verbunden.

Mit Foucault kann die Gesamtheit aller miteinander konkurrierenden und nicht konkurrierenden Deutungen als gesamtgesellschaftlicher Diskurs bezeichnet werden. Dieser Diskurs besteht wiederum aus sich wechselseitig beeinflussenden gesellschaftlichen Diskursen, die wiederum aus Diskursen bestehen und so weiter. So gehört zum gesamtgesellschaftlichen Diskurs zum Beispiel der Migrationsdiskurs, der aus unterschiedlichen Diskursen wie dem Kriminalitäts-, dem Islam-, und dem Integrationsdiskurs besteht. Diskurse, deren Deutungshoheit so groß ist, dass das ihnen entsprechende Wissen in weiten Teilen der Gesellschaft verfestigt und damit als weitgehend ‚gültig‘ anerkannt ist, können ‚hegemoniale Diskurse‘ genannt werden. Zu all diesen hegemonialen und nicht hegemonialen Diskursen tragen verschiedene politische und soziale Akteur_innen, darunter

auch die extreme Rechte, ihre je spezifische Deutung bei. Dabei können die verschiedenen gesellschaftlichen Diskurse harmonisch nebeneinander herlaufen, miteinander verflochten sein oder ineinander übergehen. Im Ringen um Deutungshoheit stehen aber immer auch verschiedene Diskurse in Konflikt mit anderen Diskursen und bilden sich diesen gegenüber zu Gegendiskursen aus. So hat die extreme Rechte einen eigenen Migrationsdiskurs ausgebildet und vertritt beispielsweise die Auffassung, dass es den meisten Geflüchteten lediglich darum gehe, das deutsche Sozialsystem auszubeuten, und daher deren Asylanliegen nicht gerechtfertigt seien. Mittels bestimmter Ausdeutungen von Begriffen versucht dann die extreme Rechte ihre Deutung von Flucht im hegemonialen Migrationsdiskurs zu etablieren und damit den Diskurs nach rechts zu verschieben. Insofern finden die Diskurse der extremen Rechten nicht isoliert von den Diskursen der sonstigen Gesellschaft statt, sondern weisen zahlreiche Verbindungen zu Deutungsmustern, Aussagen, Argumentationen und Vorstellungen der gesellschaftlichen ‚Mitte‘ auf. Da Begriffe und/oder Deutungen der extremen Rechten zum Teil bis weit in diese ‚Mitte‘ wandern, muss eine Kritik an den Diskursen der extremen Rechten auch nach den Auswirkungen auf gesellschaftliche Vorstellungen und politische Prozesse und Entscheidungen fragen.

Was bedeutet: extrem rechts?

Da die politische ‚Rechte‘ nur in Relation zur ‚Linken‘ zu begreifen ist, bietet sich ein Blick auf die Herkunft dieses Begriffspaars an. Dessen Ursprung fällt mit der Entstehung moderner Nationalstaaten im späten 19. Jahrhundert zusammen. Mit der Überwindung des Absolutismus bildeten sich unterschiedliche Nationenverständnisse heraus – einerseits jenes, in dem die Zugehörigkeit zur Nation nach dem Ort der Geburt bestimmt war (z.B. Frankreich), andererseits jenes, das die Zugehörigkeit zur Nation vor allem über Abstammung, aber auch über geteilte Sprache, Kultur und Tradition definiert (z.B. Deutschland). Die auf völkischem Grundverständnis begründete

‚Schicksalsgemeinschaft‘ stellt bis heute die weltanschauliche Basis der (extremen) Rechten dar, deren Kernelemente Helmut Kellersohn folgendermaßen beschreibt:

- „*die Einheit von Volk und Nation*, also die Idee einer nach völkischen/rassistischen Kriterien ‚homogenisierten‘ Nation;
- die Überhöhung des Volkes zu einem *Kollektiv-Subjekt* und daraus folgend die Relativierung besonderer gesellschaftlicher Interessen an der Vorrangstellung der *Volksgemeinschaft*;
- die Rechtfertigung eines *autoritären Staates*, der die Durchsetzung des Ideals der Volksgemeinschaft mithilfe national gesonnener Eliten und/oder eines charismatischen Führers inszeniert und organisiert;
- die Heroisierung des ‚*Volksgenossen*‘, des ‚anständigen Deutschen‘, der sich den Geboten der staatlich organisierten Volksgemeinschaft freiwillig unterwirft und sich als loyaler Bürger versteht, bereit zu jedem im Namen der Nation geforderten Opfer;
- umgekehrt die völkisch-rassistische Konstruktion eines *inneren Feindes*, um zu erklären, wer die Schuld an der bislang noch mangelhaften Verwirklichung der Volksgemeinschaft trägt (Sündenbockfunktion) und warum sich die freiwillige Unterwerfung auch lohnt (identitätsstiftende Funktion). Als Objekte der Feindklärung dienen zum einen sog. ‚Nicht-Deutsche‘, zum anderen illoyale Bürger (‚unanständige Deutsche‘);
- ein biopolitisches Verständnis des *Volkskörpers*, das alle bevölkerungspolitisch relevanten Maßnahmen unter den Primat der quantitativen Vermehrung und qualitativen ‚Substanz‘-Erhaltung der (deutschen) Bevölkerung stellt und mit Techniken der Disziplinierung des menschlichen Körpers verknüpft (Familien-, Geschlechter- und Bildungspolitik);
- ein *chauvinistisches Machtstaatsdenken*, das die Formierung der Gesellschaft im Sinne der Volksgemeinschaft als Voraussetzung und als Folge dessen betrachtet, dass der Staat ‚nationale Interessen‘ nach außen hin mächtig zur Geltung bringen kann. Der

Primat der Außenpolitik beinhaltet darüber hinaus die Fixierung eines *äußeren Feindes* (oder auch mehrerer Feinde), der – in welcher Form auch immer – mit dem inneren Feind verknüpft wird.“ (Kellershohn 2013, 8)

In den Nationalversammlungen seit der Französischen Revolution saßen die Vertreter einer demokratisch verfassten Staatsnation dem Präsidenten zur linken, die Vertreter der alten Ordnung zur rechten. Die auf diese Sitzordnung bezogenen Zuordnungen zu den Polen ‚links‘ (universelle Menschenrechte, demokratische Verfassung) beziehungsweise ‚rechts‘ (Prinzip der Ungleichwertigkeit, Bewahrung der Ständeordnung) sind zentrale Bezugsgrößen der politischen Geografie bis in die Gegenwart. Im ausgehenden 19. Jahrhundert entstanden Vereine und Organisationen, die den völkischen Nationalismus zum politischen Programm erhoben. In der Zeit der Weimarer Republik nahmen die völkischen Gruppierungen rasch an Zahl und Mitgliederstärke zu.

Mit der Verwendung des Attributs ‚extrem‘ können rechte Weltanschauungen, in denen der völkische Nationalismus absolut gesetzt wird, von solchen abgegrenzt werden, wo völkische Weltdeutungen durch demokratische Perspektiven gebrochen und relativiert sind – wie etwa bei der ‚konservativen‘ beziehungsweise ‚etablierten‘ Rechten (vgl. Fenske 2013, 35ff.). Zwar vertritt auch die konservative Rechte das Ideal einer hierarchisch strukturierten und letztlich völkisch-nationalistisch grundierten Gesellschaftsordnung, doch bekennt sie sich gleichzeitig zu zentralen freiheitlich-demokratischen Prinzipien und ist zumeist gut mit etablierten Eliten vernetzt.

Die hier vorgeschlagene Definition steht der ‚vergleichenden Extremismusforschung‘ entgegen, wonach der ‚Rechtsextremismus‘ sozusagen negativ über dessen Verfassungsfeindlichkeit gefasst wird, während die gesellschaftliche ‚Mitte‘ gemäß dieses Ansatzes notwendig als Ort erscheint, von dem aus Demokratie und Menschenrechten keine Gefahr droht. Wie wir in diesem Handwörterbuch aufzeigen wollen, sind hegemoniale Diskurse umkämpft und

entsprechend finden sich extrem rechte Sichtweisen auch in der gesellschaftlichen ‚Mitte‘.

Der Vielfalt der Begriffe in diesem Handwörterbuch entspricht auch eine Pluralität der Bearbeitungsweisen. Innerhalb der Forschungen zur extremen Rechten und zum völkischen Nationalismus finden sich zahlreiche unterschiedliche theoretische Zugänge und Begriffsverwendungen. Auch für einzelne Strömungen und Ausprägungen des völkischen Nationalismus existieren nicht immer übereinstimmende Definitionen. Im Sinne der Vielfalt von Forschungszugängen haben wir den in diesem Handwörterbuch vertretenen Autor_innen freigestellt, anknüpfend an die vorgeschlagene Definition eigene Begriffsverwendungen vorzunehmen.

Die extreme Rechte in Deutschland

Mit der Niederlage des Nationalsozialismus waren Gesellschaftsentwürfe, die auf der Grundlage eines Überlegenheitsrassismus basierten, weitgehend diskreditiert. Völkisch-nationalistische und autoritäre Orientierungen blieben in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung jedoch verbreitet. Da offene und explizit positive Bezüge auf den Nationalsozialismus allerdings weitgehend verpönt waren, sprach man statt von ‚Rassen‘ zunehmend von ‚Ethnien‘ und ‚Kulturen‘, ohne aber die grundlegenden Annahmen einer Ungleichwertigkeit von Menschengruppen aufzugeben. Zahlreiche sozialwissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass es in der Bevölkerung auch heute noch ein erhebliches Potenzial an Zustimmungen für extrem rechte Positionen gibt (vgl. Zick/Klein 2014; vgl. Decker/Kiess/Brähler 2015). Gerade solche Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft versucht die extreme Rechte anzusprechen, zu verfestigen und gesellschaftlich wirksam werden zu lassen – nicht zuletzt auch über die in diesem Buch behandelten Kampfbegriffe.

Die extreme Rechte ist dabei nicht als ein starres Gebilde zu begreifen, sondern eher als ein Ensemble verschiedener Strömungen, die in Kooperation wie in Konkurrenz mit- und zueinander existieren

und auftreten. Diese Strömungen beanspruchen jeweils unterschiedliche Traditionen, haben verschiedene strategische Orientierungen und spezifische politische Praktiken. Daraus erwachsen zum Teil auch gegensätzliche Vorstellungen bezüglich der einzusetzenden Mittel und der damit angestrebten gesellschaftlichen Veränderungen.

(Neo-)Nationalsozialismus

Diese Strömung wird häufig mit der extremen Rechten als solcher gleichgesetzt. Charakteristisch ist eine weitgehend positive Bezugnahme auf den Nationalsozialismus, die aufgrund einschlägiger strafrechtlicher Vorschriften jedoch nicht immer explizit öffentlich formuliert wird. Damit einher gehen der Glaube an die ‚rassische Überlegenheit‘ ‚der Deutschen‘ beziehungsweise ‚der Europäer‘ oder ‚der Weißen‘ sowie die Vorstellung einer darauf basierenden internationalen Ordnung. Neonazistische Gruppen sind oft bereit, Gewalt bis hin zum politisch motivierten Mord als Maßnahmen zur Durchsetzung ihrer Ziele zu legitimieren oder selbst zu praktizieren. Zentrale Akteur_innen sind die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) mit ihrer Parteizeitung *Deutsche Stimme* sowie die hierarchisch organisierten und lose miteinander vernetzten ‚Freien Kameradschaften‘. Nachdem der Versuch der Etablierung einer eigenen Zeitschrift (*Zentralorgan*) vor einigen Jahren gescheitert ist, ist heute das Internet die wichtigste Plattform zur Verbreitung politischer Positionen und zur Mobilisierung zu Aktionen; Altermedia ist eine der bedeutenden Web-Seiten dieser Strömung.

Neue Rechte

Unter diesem Begriff werden Strömungen zusammengefasst, die um eine Neuformulierung völkisch-nationalistischer Ideen bemüht sind. Ihr Ziel ist es, antidemokratische und antiliberalen Positionen in die ‚Mitte‘ der Gesellschaft zu tragen. Damit dies gelingt, soll das nationalsozialistische Erbe – der Makel der ‚alten Rechten‘ – entsorgt

werden. Statt von ‚Rassen‘ spricht die Neue Rechte von ‚ethnisch homogenen Kulturen‘, die vor einer ‚Vermischung‘ zu schützen seien. Dieses als ‚Ethnopluralismus‘ bezeichnete Konzept schreibt der deutschen Nation eine Führungsrolle in der europäischen Politik zu, ohne direkt auf nationalsozialistische Großmachtfantasien zurückzugreifen. Ein charakteristisches Merkmal der Neuen Rechten ist die Bezugnahme auf rechtsintellektuelle Strömungen der 1920er Jahre, die als alternative Traditionen gegenüber dem Nationalsozialismus dargestellt werden, zum Beispiel die ‚Konservative Revolution‘. Demgegenüber ist festzuhalten, dass deren Vertreter in vielen Fällen Vordenker und Stichwortgeber für den Nationalsozialismus waren und entsprechend später auch in der NSDAP und im NS-Regime Karriere machten. Die beiden gegenwärtig relevanten Strömungen sind erstens die völkisch-antikapitalistisch ausgerichteten, zugleich aber deutlich antimarxistischen *Nationalrevolutionäre*, und zweitens die elitär ausgerichteten *Jungkonservativen*. Ein wichtiger Handlungsstrang der Neuen Rechten ist der langfristig angelegte Versuch der Besetzung politischer Begriffe und der Beeinflussung von Diskursen (Metapolitik) außerhalb von politischen Parteien (im sogenannten vorpolitischen Raum). Ihr wichtigstes Organ ist die Wochenzeitung *Junge Freiheit*. Daneben hat sich die im Jahre 2000 gegründete Denkfabrik *Institut für Staatspolitik* etabliert, über die regelmäßig Veranstaltungen zur politischen Bildung organisiert und das Theoriemagazin *Sezession* herausgegeben werden. Personelle Verknüpfungen gibt es von dort zur *Blauen Narzisse*, einem neurechten Jugendmagazin.

Rechtspopulismus

Kennzeichnend für diese Strömung ist die bewusste Ansprache der sozialen Mittelschicht, der gegenüber angeblich korrupte Eliten einerseits und spezifische, als nicht integriert und integrierbar geltende Bevölkerungsteile andererseits zu Feinden stilisiert werden. Im Fokus steht vor allem ein als Islamkritik verschlüsselter antimuslimischer Rassismus. Bemerkenswert ist in diesem Kontext die häu-

fige positive Bezugnahme auf den Staat Israel, deren Ernsthaftigkeit jedoch infrage zu stellen ist (vgl. Klare/Steinke/Sturm online 2011). Völkisch-nationalistische Positionen werden durch die Berufung auf die Verfassung, auf Freiheits- und Menschenrechte sowie bürgerliche Werte untermauert (vgl. Häusler 2013, 13 ff.). Ähnlich wie in der Neuen Rechten werden offene Bezüge zum Nationalsozialismus vermieden. Als wichtige rechtspopulistische Akteur_innen sind auf der Parteebene *Pro Köln*, *Pro NRW* und *Pro Deutschland* sowie in Teilen die *Alternative für Deutschland* zu nennen. Relevante rechtspopulistische Presseorgane im engeren Sinne gibt es nicht, stattdessen aber mehrere Weblogs, allen voran *Politically Incorrect*.

Strömungsübergreifende Projekte

Nicht alle Autor_innen, Gruppen oder Organisationen der extremen Rechten lassen sich klar einer dieser Strömungen zuordnen. Zum einen liegt dies an uneindeutigen Positionierungen, zum anderen am gewollten strömungsübergreifenden und -verbindenden Charakter. Schließlich greifen die Strömungen der extremen Rechten bei allen Unterschieden auf geteilte weltanschauliche Annahmen zurück und sind durch eine gemeinsame ideologische Basis verbunden, die eine gewisse Durchlässigkeit ermöglicht und zum Teil aktiv befördert. Beispiele strömungsübergreifender Periodika sind die Monatszeitschrift *Zuerst!* sowie *Deutschland in Geschichte und Gegenwart* (DGG). Auch im extrem rechten Wiki-Projekt Metapedia verbinden sich verschiedene Strömungen.

Wie kann dieses Buch benutzt werden?

Mit diesem Handwörterbuch wollen wir einem breiten Kreis von Nutzer_innen – in der politischen Bildungsarbeit, in Schule, Sozialer Arbeit und in den Medien sowie politisch Interessierten – Unterstützung anbieten, wie Begriffe und Begriffsverwendungen der extremen Rechten hinsichtlich der mit ihnen transportierten ideologischen

Positionen verstanden und in ihrem menschenfeindlichen, völkisch-nationalistischen Gehalt kritisiert werden können.

Das vorliegende Handwörterbuch versammelt sowohl Begriffe, die seit Jahrzehnten im Sprachgebrauch der extremen Rechten anzutreffen sind, als auch vergleichsweise neue oder wieder aufgewertete Begriffe. In den Begriffen spiegeln sich die zentralen weltanschaulichen Positionen und Themenfelder der extremen Rechten wider. So ermöglicht der Blick auf die Begrifflichkeiten und die Sprache auch einen Einblick in gegenwärtige Diskurse der extremen Rechten und in die Logiken und Funktionen ihrer Kampfbegriffe. Unsere Darstellung will dabei allerdings schon aufgrund der Vielfalt extrem rechter Positionen und Diskurse keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

Die in diesem Handwörterbuch behandelten Begriffe werden in alphabetischer Abfolge vorgestellt. Um Wiederholungen zu vermeiden, gibt es dabei für Begriffe, die ein und demselben Diskurs der extremen Rechten entstammen (also beispielsweise ‚Volkstod‘, ‚Umvolkung‘ und ‚Verausländerung‘), nur einen Eintrag; über den Index am Ende des Buches können jedoch auch alle relevanten Stellen, an denen die verschiedenen Begriffe behandelt werden, aufgefunden werden.

Der Aufbau der Einträge folgt einer einheitlichen Struktur. Ein Zitat am Anfang vermittelt zunächst eine Vorstellung der typischen Verwendung des Begriffes durch die extreme Rechte. In einem kurzen Abschnitt (*Kurz und knapp*) werden anschließend die Verwendung des Begriffes sowie eine kurze Kritik an dieser skizziert. In der folgenden *Vertiefung* werden Verwendungsweisen, Bedeutung und Funktion des Begriffes unter Rückgriff auf Texte und Materialien der extremen Rechten genauer erklärt. Wo es angebracht ist, beinhaltet dieser Abschnitt auch eine Differenzierung nach den unterschiedlichen Strömungen der extremen Rechten. Im Abschnitt *Kontext* werden teilweise Informationen zur Geschichte des Begriffes kurz erläutert; zudem finden sich Ausführungen zur Verwendung des Begriffes in Diskursen außerhalb der oben skizzierten extrem rechten Strömungen. Die Einträge schließen mit dem Abschnitt *Fazit und*

Kritik, in dem noch einmal die Wichtigkeit des jeweiligen Begriffs ausgeführt und dieser kritisch kommentiert wird. Unter dem Stichwort *Weiterführende Literatur* sind Literaturhinweise aufgelistet, die Interessierten Anregung zu weiterer Lektüre geben mögen. Die in den Artikeln verwendeten Quellen sowie die verwendete Fachliteratur finden sich ebenfalls am Ende der jeweiligen Texte.

Da die meisten Begriffe nicht isoliert Verwendung finden, sondern in extrem rechte Ideologie eingelagert sind und daher vielfach Bezüge zu anderen Begriffen und Begriffsverwendungen aufweisen, dienen Querverweise im Text dazu, den Leser_innen einen Hinweis auf die Einträge zu geben, in denen der Begriff ausführlicher vorgestellt wird. Die Querverweise werden durch einen Pfeil [→] zum Ausdruck gebracht.

Eigenbezeichnungen von Organisationen oder Medien sind kursiv gesetzt. Einfache Anführungszeichen wurden immer dort verwendet, wo durch die Markierung eine Distanzierung seitens der Autor_innen und Herausgeber_innen zu diesen Begriffen sichtbar gemacht werden soll. Doppelte Anführungszeichen werden ausschließlich für Zitate aus Quellen und Literatur verwendet.

Da die Konzeption und Realisierung dieses Handbuches Gedanken, Mühe und Geduld aller Herausgeber_innen und Autor_innen gleichermaßen gefordert haben, laden wir dazu ein, beim Zitieren der Einträge die jeweiligen Autor_innen zu nennen und beim Nachweis der Gesamtpublikation alle Herausgeber_innen anzuführen.

Schließlich bedanken wir uns für die engagierte Unterstützung beim Verein *Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.*, dem *Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.* (apabiz), dem *Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung* (DISS) und insbesondere dessen *Arbeitskreis Rechts* sowie Martin Dietzsch und Laura Mohacsi.

Die Herausgeber_innen

Weiterführende Literatur

(a) Diskurstheorie

Jäger, Margarete/Jäger, Siegfried (2007): Deutungskämpfe. Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse. Wiesbaden.

Jäger, Siegfried (2012): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Münster.

(b) Extreme Rechte

Botsch, Gideon (2012): Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland: 1949 bis heute. Darmstadt.

Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.) (2009): Strategien der extremen Rechten: Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden.

Dudek, Peter/Jaschke, Hans-Gerd (1984): Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur. 2 Bände. Opladen.

Kellershohn, Helmut (Hrsg.) (2013): Die ‚Deutsche Stimme‘ der ‚Jungen Freiheit‘. Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten. Münster.

Virchow, Fabian/Langebach, Martin/Häusler, Alexander (Hrsg.) (i.E.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden.

Quellenverzeichnis

Gansel, Jürgen online (2012): Schluß mit der Holocaust-Instrumentalisierung: Erneutes NPD-Lob für Sarrazin. Online unter: <http://npd-sachsen.de/schluss-mit-der-holocaust-instrumentalisierung-erneutes-npd-lob-fuer-sarrazin/> (abgerufen am 04.04.2015)

Literaturverzeichnis

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2015): Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus. Gießen.

Fenske, Reiner (2013): Vom ‚Randphänomen‘ zum ‚Verdichtungsraum‘. Geschichte der ‚Rechtsextremismus‘-Forschungen seit 1945. Münster.

Häusler, Alexander (2013): Die „Alternative für Deutschland“ – Eine rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung. Düsseldorf.

Jäger, Margarete/Jäger, Siegfried (2007): Deutungskämpfe. Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse. Wiesbaden.

Kellershohn, Helmut (2013): Zur Einführung. In: Kellershohn, Helmut (Hrsg.): Die ‚Deutsche Stimme‘ der ‚Jungen Freiheit‘. Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten. Münster, S. 5-29.

- Klare, Heiko/Steinke, Bernhard/Sturm, Michael online (2011): Eine „deutsche Rechte ohne Antisemitismus“? Kritische Betrachtung einer „deutsch-israelischen Konferenz“ in Gelsenkirchen und der damit verbundenen Strategie von „Pro NRW“. In: mobim-analysen 05/2011. Online unter: <http://www.mobim.info/wordpress/wp-content/uploads/2011/04/mobim-analysen-05-2011.pdf> (abgerufen am 28.04.2015)
- Zick, Andreas/Klein, Anna (Hrsg.) (2014): Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Bonn. [bewegung.html](#) (abgerufen am 28.04.2015)

68er

„Unverzichtbare Tugenden wie Leistungsbereitschaft, Pflichtbewußtsein, Disziplin, Einordnungsvermögen in größere Ordnungen wurden zugunsten eines schrankenlosen Individualismus und materialistischen Egoismus abgewertet, der nur noch Ansprüche kennt. Jürgen Habermas, als Nachfolger Horkheimers Kopf der Frankfurter Schule und geistiger Stichwortgeber der 68er-Aufrührer, wurde zum zeitweise meistzitierten Autor der pädagogischen Wissenschaft und Meinungsgeber einer Generation von Lehrern. Daß dieser Verderber der Jugend und Zerstörer der Bildung viele öffentliche Preise und Ehrungen, auch aus CDU-Hand, bekam, ist für unsere Zeit bezeichnend.“
(F.F. 2002, 8-9)

1. Kurz und knapp

Die ‚68er‘ sind ein zentrales Feindbild der extremen Rechten. Unter diese Bezeichnung fasst sie politische Projekte und Akteur_innen, die sich insbesondere in den 1960er Jahren für ein Aufbrechen autoritärer Strukturen in Gesellschaft, Staat und Familie sowie eine tiefgreifende Auseinandersetzung mit der Verantwortung deutscher Eliten und Institutionen für den Nationalsozialismus und seine Verbrechen einsetzten. In der Bewertung der extremen Rechten tragen ‚die 68er‘ zentrale Verantwortung für den Niedergang Deutschlands [→ Dekadenz], denn „ohne Wirken und Einfluß der 68er wäre die Bundesrepublik und wären die Deutschen heute nicht das, was sie sind: fremdbestimmt, rückgratlos, linksliberal bis zum Erbrechen, ein Volk ohne Visionen und Überlebenswillen“ (Richter 2008, 6). Zu dieser Lesart tritt häufig die Ansicht, ‚die 68er‘ hätten fortgesetzt, was die Alliierten des Zweiten Weltkrieges unmittelbar nach Kriegs-

ende als ‚Re-Education‘ begonnen hätten – eine stabile Verankerung demokratischer Grundüberzeugungen in der Bevölkerung Deutschlands. Schließlich kommt im regelmäßigen und expliziten Verweis auf die jüdische Abkunft einiger Exponenten der Frankfurter Schule, die als zentraler Ort der theoretischen Bezugnahme der Studierendenbewegung der 68er Jahre bezeichnet wird, eine antisemitische Perspektive zum Ausdruck [→ Jude].

2. Vertiefung

Grundbehauptung und Zitate

Spricht die extreme Rechte von ‚den 68ern‘, so nimmt sie damit Bezug auf jene seit Mitte der 1960er Jahre auch in der Bundesrepublik Deutschland auftretenden meist politisch links stehenden Bewegungen, die sich insbesondere an den Universitäten und gegen den Vietnamkrieg organisierten, die aber – wie etwa die Lehrlingsbewegung zeigt – darüber hinausgingen. Setzten die einzelnen Bewegungen dabei durchaus unterschiedliche Schwerpunkte, wie beispielsweise die Gleichstellung der Geschlechter (Frauenbewegung) oder die Infragestellung autoritärer Strukturen (Hochschulen), so trafen sie sich doch insgesamt im Ziel einer Demokratisierung der gesellschaftlichen Strukturen und der Pluralisierung von Lebensentwürfen. Als geistiger Quell dieser Veränderungswünsche wird von der extremen Rechten die Frankfurter Schule bezeichnet, jener Verbund undogmatischer Marxist_innen um Max Horkheimer und Theodor Adorno, der sich unter anderem mit den Entstehungsbedingungen autoritärer Persönlichkeiten befasst und nach den Mechanismen der Aufrechterhaltung von Herrschaft gefragt hatte. Das 1924 in Frankfurt/Main eröffnete Institut für Sozialforschung wurde kurz nach der Machtübertragung an die NSDAP geschlossen und die Arbeit eingeschränkt im Exil fortgesetzt. Ein Teil der Mitarbeiter kehrte Anfang der 1950er Jahre mit dem Institut an die Universität in Frankfurt zurück.

Von Seiten der extremen Rechten wurde insbesondere „ihr ausgesprochener Antibiologismus“ kritisiert, der dazu geführt habe, dass „Biologie in den Lehrplänen der Schulen zurückgesetzt, die Erb- lehre fast ganz ausgeschaltet, die Rassenlehre tabuisiert“ (Kosiek 2008, 15 bzw. 31) worden sei [→ Rasse]. Die schrittweise rechtliche Gleichstellung von Frauen – etwa hinsichtlich eines unabhängigen Rechts auf Erwerbstätigkeit und der Verfügung über das eigene Einkommen, insbesondere jedoch das Verfügungsrecht über den eigenen Körper (z.B. im Falle eines Schwangerschaftsabbruchs) – wurde von der extremen Rechten als „Zerstörung der Familie“ und „Anschlag auf die biologische Zukunft des deutschen Volkes“ (ebd., 35) gewertet. Beklagt wird auch in jüngeren Schriften, dass Forderungen nach ‚Emanzipation‘, ‚Befreiung‘ und ‚Selbstverwirklichung‘ die „Absage, die Zerstörung, die Negation der landläufigen Erscheinungsform alles ‚Deutschen‘“ (Richter 2008, 11) zum Ziel gehabt habe [→ Geschlechtergleichschaltung]. Wenn im Urteil der extremen Rechten dabei von einem grundsätzlichen Angriff auf die „deutsche Identität“ beziehungsweise von einem „Generalangriff auf die deutsche und abendländische Kultur“ (Kosiek 2008, 15) gesprochen wird [→ Abendland], so gelten ihr die ‚68er‘ als Fortsetzung dessen, was „in den Theorielabors der alliierten Umerziehungs- Offiziere“ (Richter 2008, 11) entwickelt worden sei. Wer – wie die extreme Rechte – dergestalt die Demokratisierungsanstrengungen der Alliierten nach 1945 als eine „mentale Entkernung“ und als Veränderung des „Volkscharakters der Unterworfenen“ (Richter 2008, 7 bzw. 8) beklagt, macht nur zu deutlich, was als Grundlage des ‚deutschen Wesens‘ angesehen wird, nämlich Orientierung des Handelns an der Idee völkischer und kultureller Reinheit, Bereitschaft zu (geschlechtsspezifischem) Dienst an Volk und Nation sowie Achtung von Gott und Staat. Entsprechend beklagt das neurechte Institut für Staatspolitik (IfS) als Folgen der ‚68er‘ nicht nur einen dramatischen Anstieg der Kriminalität nach 1968, sondern auch eine „wachsende Zahl der Abtreibungen und Ehescheidungen, aber auch [...] Kriegsdienstverweigerungen und [...] Kirchenaustritte“. In Einrichtungen

wie Verwaltung, Schule, Armee und Kirche sei der „Ethos des Dienens“ (IfS 2008, 31) abhandengekommen. Stattdessen fänden sich ein „ausgeprägter Egalitarismus, die prinzipielle Verdächtigung des Wohlgeratenen, Exzellenten, die Legitimierung des Neides und ein durchgehender Widerwille gegen das Leistungsprinzip“ (IfS 2008, 32). Für den behaupteten gesellschaftlichen Niedergang, der nicht zuletzt in der Zunahme der Einwanderung und damit verbundener Konflikte gesehen wird, werden namentlich Vertreter der ‚68er‘ verantwortlich gemacht – „als Ideengeber der Auflösung, als Zerstörer unseres Landes. Danke, Mister Adorno!“ (Richter 2008, 12) [→ Dekadenz].

Vielfach wird auch auf die Verbindung mancher Vertreter der späteren Frankfurter Schule zum Judentum hingewiesen. Auch die Verwendung von Vokabeln wie „Giftküche“ oder „zersetzend“ (Gansel online 2005) schließt an antisemitische Denkfiguren an. Dass Theodor W. Adorno als Theodor Wiesengrund Adorno in den Texten aufgeführt wird, soll seine jüdische Abkunft unterstreichen. Er war Sohn eines assimilierten Juden (Oscar Alexander Wiesengrund), der später zum Protestantismus wechselte, und einer katholischen Mutter (Maria Calvelli-Adorno). Adorno selbst wurde katholisch getauft und war als Ministrant tätig. Erst angesichts des Genozids an den Juden entwickelte er ein engeres Verhältnis zum Judentum. Die Nennung des Namens ‚Wiesengrund‘ ist für Vertreter_innen der extremen Rechten ein Mittel, um anzuzeigen, dass es ihrer Ansicht nach keine Wahlmöglichkeit gibt: Wer jüdische Vorfahren habe, müsse selbst auch Jude sein, selbst wenn sich die Person hinter einem ‚christlichen‘ Namen ‚verstecke‘.

Obwohl die politischen Bewegungen der zweiten Hälfte der 1960er Jahre weltanschaulich durchaus unterschiedlich orientiert waren, reduziert der frühere NPD-Landtagsabgeordnete Rolf Kosiek die Wurzeln der ‚68er‘ auf Marxismus und Psychoanalyse (vgl. Kosiek 2008, 30). Zwar erkennt das IfS an, dass die ‚68er‘, die außerparlamentarische Bewegung und die Proteste an den Universitäten in Deutschland ohne übergreifende Organisation und in ihrer

gesellschaftlichen Reichweite beschränkt geblieben seien und auch die „sozialliberale Reformära [...] eine große Zahl der Engagierten an[gezogen]“ (IfS 2008, 29) habe, doch jenseits des zeitweise öffentlichkeitswirksamen revolutionären Pathos bestünden die „eigentlichen Folgen des Jahres 1968 [...] in einer nachhaltigen Verschiebung der kulturellen Paradigmen“ (ebd.). Diese Veränderung wird insofern beklagt, da mit ihr Werte wie Selbstbestimmung und Gleichheit an Bedeutung gewonnen hätten und auch weite Teile der CDU sich ihr nicht hätten entziehen können. Vielfach beklagt also die extreme Rechte, dass bis „in die einstmals konservative CDU hinein [...] ‚68‘ fröhliche Urständ“ (Molau 2008, 128) feiere und die mit dem Regierungswechsel von 1982 angekündigte geistig-moralische Wende keinen tatsächlichen Politikwechsel gebracht habe. So gelte für das Feld der Familienpolitik: „Die versprochene geistige Wende blieb aus. Politiker wie Heiner Geißler oder Rita Süßmuth setzten die linke Politik bruchlos fort. Als Folge ging die Zahl der Eheschließungen und der Geburten weiter stark zurück; die verharmlosend als Schwangerschaftsabbrüche bezeichneten Tötungen im Mutterleib wurden legalisiert und sogar von den Kirchen toleriert, von den Krankenkassen bezahlt, und ihre Zahl pendelte sich auf dem hohen Niveau von jährlich mehr als Hunderttausend ein. Die Zahl der Alleinstehenden und Alleinerziehenden nahm zu. Den Randgruppen kam man entgegen und wertete sie auf Kosten der Familie auf. Eine Bevölkerungspolitik fand nicht statt.“ (Kosiek 2008, 25; ähnlich Molau 2008, 128)

Der mit Verweis auf ‚die 68er‘ geführte politische Angriff der extremen Rechten zielt angesichts der tatsächlichen Randständigkeit marxistischer Positionen letztlich auf den politischen Liberalismus und dessen Kernelemente, hier insbesondere die Anerkennung und den Schutz individueller Grundrechte und -freiheiten, die Gleichheit vor dem Gesetz und die Beschränkung der staatlichen Gewalten. Entsprechend kritisiert der frühere NPD-Kader Jürgen Schwab den darin enthaltenen Gleichheitsgedanken: „Der ideologische Kernbestand der ‚westlichen Wertegemeinschaft‘ ist [...] das freie Indi-

viduum. Auf internationaler Ebene sind das die Menschenrechte, also die Forderung, daß sämtliche Menschen überall auf der Welt – unabhängig von Rasse und Kultur – gleich zu behandeln seien.“ (Schwab 2008, 96) Der Liberalismus, der von der extremen Rechten auch als ‚Liberalextremismus‘ gebrandmarkt wird, trete für einen schrankenlosen Egoismus und die Verwirklichung kurzfristiger Genüsse ein. Damit vernachlässige beziehungsweise zerstöre er überindividuelle Vergemeinschaftungsformen [→ Gemeinschaft] wie die Familie und das Volk.

In Deutschland sei als besonderer und zusätzlicher Faktor die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus hinzugekommen, der eine positive Bezugnahme auf Volk und Nation schwierig mache, ja – nach Ansicht der extremen Rechten – geradezu mit einem Tabu belegt sei, der für jede Person, die dies dennoch unternähme, negative Folgen habe [→ Schuld-Kult]. Unter dieses Tabu [→ Political Correctness] fielen auch zahlreiche Begriffe und Themen. Insofern bilde sich eine „ideologische Konformität“ (Kleine-Hartlage 2015, 10) aus. Die Wissenschaft, „die – nicht anders als die der DDR – wenigstens in den gesellschaftskundlichen Sparten einen *Kampfauftrag* hat [...], entwickelt in Vollzug dieser Vorgaben neues ‚Fachvokabular‘, in dem die umzusetzenden ideologischen Vorgaben bereits als Prämissen enthalten“ (Kleine-Hartlage 2015, 12; Hervorhebung im Original) seien. Wer trotzdem auf ‚volksbewussten‘ Positionen beharre, werde angesichts solcher ‚Nonkonformität‘ zur Zielscheibe der ‚Antifa‘ (vgl. Wolfschlag 2001; Knütter 2010), die man sich als mächtiges Netzwerk ganz unterschiedlicher Akteure zusammenreimt (vgl. Krautkrämmer 2010). Regelmäßig wird in Publikationen der extremen Rechten die ‚Gefahr des Linksextremismus‘ beschworen – nicht zuletzt mit dem Ziel, die gesellschaftliche Aufmerksamkeit von rassistischer und antisemitischer Gewalt abzulenken.

Denkt die extreme Rechte ‚die 68er‘ als einflussreiches politisches Phänomen – mal stark personalisiert, mal vorrangig als Verschiebung gesellschaftlicher Werte –, so formuliert sie angesichts der mit ihm verbundenen Niedergangsvorstellung [→ Dekadenz] ver-

schiedene Ansätze des Handelns. Hierzu gehörte Mitte der 1990er Jahre der Versuch, sich gegen die zum Teil in die politischen Strukturen eingetretenen ‚68er‘ unter Bezugnahme auf das Ende der deutschen Zweistaatlichkeit nun selbst als „legitime Vertreter der Zukunft“ (Bubik 1995, 7) aufzubauen. Als ‚89er‘ lehne man sich gegen die „Denk- und Sprechverbote der deutschen Linken“ auf und durchbreche die „Tabus eines linken ‚Antifaschismus‘“ (ebd., 10).

Als ein Gegenprojekt zur „Frankfurter Giftküche“ und die als „charakterlich und geistig verlumpte Klasse“ (Gansel 2005) beschimpften ‚68er‘ hat die NPD nach ihrem Einzug in den Landtag von Sachsen im Jahre 2004 die Gründung einer ‚Dresdner Schule‘ bekanntgegeben. Ziel dieser Aktivitäten sei es, im „politischen Kampf gegen die volks- wie staatszersetzende BRD-Nomenklatura [...] die Frankfurter Schule als deren Ideengeberin [zu] erkennen und eine geistig-politische Gegenfront auf[zu]bauen“ und dabei im Rahmen der „Dresdner Schule“ den Aufbau einer „organisierten Intelligenz einer selbstbewußten deutschen Nation“ (ebd.) voranzutreiben. Diesem Anspruch sind die Aktivitäten der NPD zur Bildung einer ‚nationalen Intelligenz‘ nicht gerecht geworden (vgl. Krebs 2008).

Schließlich tritt insbesondere die sogenannte Neue Rechte mit dem Anspruch auf, in die politischen Diskurse eingreifen zu wollen und die Bedeutung von Begriffen zu prägen. Entsprechend geht es Kleine-Hartlage (2015, 16) darum, die angestrebten „Gegeneliten“ in die Lage zu versetzen, „eine Auseinandersetzung über die wirklichen Inhalte“ der verwendeten Sprache zu erzwingen.

Strömungsspezifische Strategien und Deutungen

Die hier vorgestellten Grundpositionen gegenüber den ‚68ern‘ werden von großen Teilen der extremen Rechten geteilt und in zahlreichen Texten finden sich entsprechende Formulierungen und Anspielungen, die nicht selten auch offen polemisch sind (vgl. Olles 2008 online). Demgegenüber stellt eine kleine Minderheit in der extremen Rechten die Studierendenbewegung der späten 1960er

Jahre und ihre wichtigen Vertreter als verkannte Nationalbewegung dar. Entsprechend schrieb Bernd Rabehl dem als „Freiheitsdenker“ bezeichneten Rudi Dutschke zu, „gleichzeitig gegen die russischen, nordamerikanischen und französisch-englischen Varianten von ‚Befreiung‘ und ‚Okkupation‘ in den beiden Deutschlands“ (Rabehl 2002, 7) Stellung bezogen zu haben. Zwar hatte sich Dutschke gelegentlich auch mit der ‚nationalen Frage‘ befasst, Zentralität in seinem politischen Denken besaß sie jedoch während seiner Zeit als Aktivist des *Sozialistischen Deutschen Studentenbundes* (SDS) beziehungsweise der *Außerparlamentarischen Opposition* (APO) nicht. Schon gar nicht lässt sich dies für eine relevante Strömung innerhalb von SDS oder APO behaupten.

Auch wenn in SDS und APO angesichts der Empörung über den Vietnamkrieg mit überspitzten und historisch falschen Analogien gearbeitet wurde (z.B. mit der Parole ‚USA – SA/SS‘), so macht dies bei Weitem keine nationalrevolutionäre Bewegung aus. Der Protest richtete sich unter anderem gegen autoritäre Erziehungspraktiken und Ausbildungsinstitutionen sowie gegen Einstellungen der älteren Generation, die sich dem Faschismus nicht nur nicht widersetzt, sondern auch in vieler Hinsicht partizipiert und sich einer kritischen Aufarbeitung weitgehend verweigert hatte. Diese Bewegung auf ein nationalrevolutionäres Profil zwingen zu wollen, leugnet den demokratisierenden Gehalt des zeitgenössischen Geschehens.

3. Kontext

In der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland ist die Bewertung ‚der 68er‘ kontrovers und im Laufe der Zeit wechselhaft: „Einmal wollen bis in die Union hinein alle irgendwie auch 68er gewesen sein, das andere Mal will es keiner gewesen sein und wird bis in linke Kreise hinein Distanz gewahrt.“ (Lüter/Urlich 2008, 3) Grundsätzlich lassen sich mit Blick auf die Studierendenbewegung und die *Außerparlamentarische Opposition* der späten 1960er Jahre zwei konkurrierende Deutungsmuster unterscheiden, die immer auch Aussagen

und Bewertungen über die CDU-geführten Bundesregierungen und das sozialliberale Reformprojekt der frühen 1970er Jahre enthalten.

Aus Sicht der Unionsparteien war ‚1968‘ vor allem eine „Abkehr von jener Ordnung und Stabilität, zu der die CDU-geführten Bundesregierungen der Bundesrepublik seit 1949 verholfen hatten“ (Mittler/Wolfrum 2008, 17). In dieser Perspektive wurde Protest vor allem als Störfaktor angesehen, der den Staat und das existierende Wertesystem zum Teil radikal infrage stellte und der als subjektive Bedrohung wahrgenommen wurde, nicht jedoch als Beitrag zur notwendigen gesellschaftlichen Veränderung. Hinsichtlich des Umgangs der deutschen Nachkriegsgesellschaft wurde ‚1968‘ von konservativer Seite „nicht als Nachgeschichte der angeblich bis dato unterbliebenen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus interpretiert, sondern als Vorgeschichte des Terrorismus“ (ebd., 18). Schließlich nimmt die Interpretation von ‚1968‘ auch die Frage auf, wer sich die ‚deutsche Wiedervereinigung‘ positiv zurechnen lassen kann. Aus konservativer Sicht hat die Frage der Nation seit der sozialliberalen Koalition Brandt/Scheel im Anschluss an die Bundestagswahl 1969 ihre Bedeutung verloren.

Die Perspektive der politischen Linken, insbesondere der Sozialdemokratie, sieht in ‚1968‘ eine zweite Gründung der Bundesrepublik Deutschland, die „diesen Staat zu einer brauchbaren Demokratie und zu einer wirklich modernen Gesellschaft“ (ebd., 19) gemacht hat. Für die Erzählung des Neuanfangs stand auch die Person Willy Brandt, der biografisch das Deutschland des Exils und des Widerstands verkörperte.

Insgesamt hatte der „partizipatorische Aufbruch der 1960er Jahre vor allem zwei markante institutionelle Effekte. Der eine betrifft seine latente, gesellschaftlich modernisierende Funktion; der andere seine Rolle als Wegbereiter einer neuen Partizipationskultur, die sich von den großen Organisationen emanzipiert und auf Selbstorganisation und autonome Interessenvertretung setzt“ (Brand 2008, 38).

Gegen solche Entwicklungen wandte sich die Neue Rechte. Sie nutzt den Begriff ‚68er‘ „in der polemischen Absicht [...], ihren

Gegner greifbar und somit angreifbar zu machen“ (Bubik 1995, 10) und formuliert ein weitreichendes Kampfprogramm. Angesichts der für die extreme Rechte in ‚1968‘ zum Ausdruck kommenden „beispiellose[n] Substanzvernichtung und Schwächung all dessen, was noch vor der ‚Dekadenz‘ bewahrte: Stärke der Institutionen und Strenge der Justiz, Verteidigung der Hochkultur und Sorgfalt der Erziehung, Leistungsgedanke und Mißtrauen gegenüber der Utopie“ (JF 24/2009) geht es dabei um eine umfassende Geschichtsrevision. Diese sei zu beziehen auf die Deutungen „zur deutschen Geschichte, der Bundesrepublik und der DDR, Verlauf und Bedeutung des Zweiten Weltkriegs, die Einflußnahmen der Alliierten und die Bedingungen, unter denen man deutsche Politik in der Obhut der Sieger machen mußte, weiter um den alltäglichen Antifaschismus und den Einfluß, den die ‚Partei der DDR‘ (Volker Zastrow) auf die Deutung historischer wie aktueller Fragen nimmt“ (JF 23/2009).

4. Fazit und Kritik

Die in der extremen Rechten vorherrschende Sichtweise von ‚1968 und seinen Folgen‘ macht insbesondere die Frankfurter Schule in Verlängerung der US-amerikanischen Re-Education-Politik dafür verantwortlich, dass völkische Gemeinschaftsmodelle, organizistische Staatskonzepte und biologistische Rollenzuweisungen ihren bestimmenden Stellenwert in der deutschen Gesellschaft erheblich eingebüßt haben. Entsprechend scharf ist die Kritik an Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter [→ Geschlechtergleichschaltung] beziehungsweise Angehöriger migrantischer Gruppen sowie an Gesellschaftskonzepten, die traditionalistische Familien- und Sexualitätsvorstellungen aufweichen. Dies schlägt sich „nieder als denunziatorische Ablehnung von Individualität und Rationalität und wird mit Begriffen wie ‚Werteverfall‘ und ‚Hedonismus‘ versehen. Dabei findet die vom früheren NPD-Theoretiker Ernst Anrich als „lebensbedrohende Gefahr“ (Deutsche Nachrichten 1967) bezeichnete pluralistische Gesellschaft ihre wesentlichen Triebkräfte weder in der Frankfurter

Schule noch in ‚1968‘, sondern in sozioökonomischen und politischen Entwicklungen, zu denen etwa ein steigendes Wohlstandsniveau und die nachlassende Bindekraft sozial-kultureller Milieus zu rechnen sind (vgl. Rupprecht 2008). Auch die von der extremen Rechten beklagten und den genannten Protagonisten zugeschriebenen Veränderungen in der Sexualmoral sind bereits für Anfang der 1960er Jahre belegbar (Markteinführung der Antibabypille in Deutschland Mitte 1961) (vgl. Friedrichs 1971).

‚1968‘ steht weniger für eine Reihe von Ereignissen, die sich im Jahre 1968 ereignet haben, sondern für einen Zyklus an gesellschaftlicher Entwicklung, sozialer Mobilisierung und politischer Aktivitäten, die bereits in den frühen 1960er Jahren begannen und bis in die 1970er Jahre hineinreichten. Für die Proteste der Studierenden gab es dabei zahlreiche Anlässe, sich kritisch mit der Regierungspolitik und den gesellschaftlichen Zuständen auseinanderzusetzen: die Diktatur des Schah von Persien und seine Hofierung in der bundesdeutschen Politik, antiquierte Hochschulstrukturen, das Apartheid-Regime in Südafrika, die Beherrschung des Tageszeitungsmarktes durch den Springer-Konzern und die weitgehend unbearbeitete Beteiligung bedeutender Teile der Nachkriegs-‚Eliten‘ am NS-Regime. ‚1968‘ hat in der Bundesrepublik Deutschland auch zu einer erheblichen Demokratisierung sowie einer vertieften Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus beigetragen (vgl. Kastner 2008). Vor diesem Hintergrund dienen Stellungnahmen zu ‚1968‘ der extremen Rechten heute insbesondere dazu, ein Programm gesellschaftlicher Reaktion zu formulieren, welches sich an völkisch-nationalistischen und biologistischen Gesellschaftsvorstellungen orientiert (vgl. Molau 2008) und das Gleichheitspostulat nachhaltig infrage stellt.

5. Weiterführende Literatur

- Kornexl, Klaus (2008): Das Weltbild der Intellektuellen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland. München.
- Virchow, Fabian (2015): „Brecht den roten Uni-Terror!“ – ‚1968‘ im Visier der extremen Rechten. In: Bergem, Wolfgang (Hrsg.): 1968 – Deutungen und Kontroversen in Deutschland und Europa. Wiesbaden (i. E.).
- Wengeler, Martin: (2002): ‚1968‘, öffentliche Sprachsensibilität und political correctness. In: Muttersprache Nr. 1/2002, S. 1-14.

Fabian Virchow

Quellenverzeichnis

- Deutsche Nachrichten (1967): Anrich, Ernst: Die Demokratie am Scheideweg. Ausgabe vom 11.08.1967, o.S.
- Bubik, Roland (1995): Vorwort. In: Bubik, Roland (Hrsg.): Wir '89er. Wer wir sind und was wir wollen. Frankfurt/M./Berlin, S. 7-11.
- F.F. (2002): Frankfurter Schule als Ursache des Bildungsnotstandes. In: Das Freie Forum 03/2002, S. 7-9.
- Gansel, Jürgen online (2005): Wesen und Wollen der ‚Dresdner Schule‘. Online unter: http://www.npd-bayern.de/index.php/menue/56/thema/252/Wesen_und_Wollen_der_Dresdner_Schule.html (abgerufen am 10.04.2015)
- Institut für Staatspolitik (2008): '68. Ursachen und Folgen. Albersroda.
- JF 23/2009: Weissmann, Karlheinz: Die Revision von 1968, S. 1.
- JF 24/2009: Weissmann, Karlheinz: Gründungsmythos in Gefahr, S. 13.
- Kleine-Hartlage, Manfred (2015): Die Sprache der BRD. 131 Unwörter und ihre politische Bedeutung. Schnellroda.
- Knütter, Hans-Helmuth (2010): Antifaschismus. Der geistige Bürgerkrieg. Hamburg.
- Kosiek, Rolf (2008): Die Frankfurter Schule. In: Gesellschaft für freie Publizistik (Hrsg.): Vierzig Jahre Volkszerstörung. „1968“ und die Folgen. Oberboihingen, S. 13-38.
- Krautkrämer, Felix (2010): Das linke Netz. Das Zusammenspiel zwischen der Wochenzeitung ‚Die Zeit‘, dem ‚Netz gegen Nazis‘, der Bundeszentrale für politische Bildung und der linksextremen Szene. Berlin.
- Molau, Andreas (2008): Mut zum Widerstand – ein Schlußappell. In: Gesellschaft für freie Publizistik (Hrsg.): Vierzig Jahre Volkszerstörung. „1968“ und die Folgen. Oberboihingen, S. 127-138.
- Olles, Werner online (2008): 1968 von A bis Z. Sonderthema 11. April 2008. Online unter: <http://jungfreiheit.de/sonderthema/2008/1968-von-a-bis-z/> (aufgerufen am 04.03.2015)
- Rabehl, Bernd (2002): Rudi Dutschke. Revolutionär im geteilten Deutschland. Dresden.

- Richter, Karl (2008): Die 68er und ihr Werk. In: Gesellschaft für freie Publizistik (Hrsg.): Vierzig Jahre Volkszerstörung. „1968“ und die Folgen. Oberboihingen, S. 6-12.
- Schwab, Jürgen (2008): ‚Westliche Wertegemeinschaft‘. In: Gesellschaft für freie Publizistik (Hrsg.): Vierzig Jahre Volkszerstörung. „1968“ und die Folgen. Oberboihingen, S. 91-105.
- Wolfschlag, Claus M. (2001): Das ‚antifaschistische Milieu‘. Vom ‚Schwarzen Block‘ zur ‚Lichterkette‘. Graz.

Literaturverzeichnis

- Brand, Karl-Werner (2008): Die aktive Bürgergesellschaft. Studentenbewegung, neue soziale Bewegungen – und was davon bleibt. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 3/2008, S. 35-44.
- Friedrichs, Jürgen (1971): Zur Sexualmoral in der Bundesrepublik. In: Frankfurter Hefte Jg. 26, S. 123-128.
- Kastner, Jens (2008): 1968 und die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 3/2008, S. 45-56.
- Krebs, Felix (2008): Gibt es eine Intellektualisierung der NPD? In: Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian (Hrsg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Schwalbach/Ts., S. 91-93.
- Lüter, Albrecht/Urich, Karin (2008): 1968 – alles nur Geschichte? Aktualität und Folgen eines bewegten Jahres. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 03/2008, S. 3-8.
- Mittler, Günther R./Wolfrum, Edgar (2008): Das Jahr 1968. Vom Politereignis zum Geschichtsereignis. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 03/2008, S. 16-24.
- Rupprecht, Tobias (2008): Jenseits von Schuld und Verdienst. In: Deutschland-Archiv Nr. 01/2008, S. 96-102.

Abendland

„Die tatsächliche Front verläuft im Krieg zwischen einem abendländischen und einem islamisierten Europa [...].“ (Session online 2013)

1. Kurz und knapp

Mit ‚Abendland‘ wird meist (West-)Europa gemeint und als historisch und kulturell einheitlich gestalteter geografischer Zusammenhang konstruiert. Dies gilt nicht nur für den Gebrauch des Begriffs innerhalb der extremen Rechten. Grundsätzlich dient der Begriff der Konstruktion und Unterstützung einer Vorstellung von europäischen Gesellschaften als sozial und kulturell gleichbleibenden Gebilden. Durch die Bezeichnung ‚Abendland‘ wird eine Raumordnung vorgestellt, die im Umkehrschluss durch diese angenommene Homogenität als zwingend erachtet wird. Der Begriff unterstützt dadurch die Idee einer angeblich wesentlichen Unterscheidbarkeit und Unabhängigkeit von Kulturen und Gesellschaften voneinander. Deutlich wird das auch durch seinen Gegenbegriff ‚Morgenland‘. In der Gegenüberstellung zeigt sich, von welchen Kulturen und Gesellschaften sich mit dem Begriff ‚Abendland‘ besonders abgegrenzt wird, da mit dem ‚Morgenland‘ im weitesten Sinne muslimisch geprägte Gesellschaften gemeint sind. Daher wird der Begriff ‚Abendland‘ oft im Zusammenhang mit seiner angeblich drohenden → Islamisierung verwendet. Exemplarisch ist hierfür die Rede vom ‚Untergang des Abendlandes‘ oder dem ‚Verschwinden der abendländischen Kultur‘. Auch in der Forderung nach ‚Rückeroberung‘ oder der These von der systematischen ‚Verdrängung‘ der deutschen/europäischen Kultur(en), die in rechtsextremen Publikationen oft als Rechtfertigung für anti-islamische und

andere rassistische Politiken angeführt wird, spiegelt sich diese Vorstellung wider.

Allgemein hatte der Begriff in den letzten Jahren an Bedeutung verloren, bis er im Zuge der aufkommenden Debatten um den Islam in Europa wieder mehr in den Medien auftauchte. Als aktuelles Beispiel für die Mobilisierung des Begriffes über die extreme Rechte hinaus steht der Verein PEGIDA (*Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes*).

2. Vertiefung

„Abendland“ wird in den meisten Fällen vor allem als Überbegriff für den durch die christlichen Traditionen geprägten europäischen → Raum benutzt. Je nach Publikation werden auch die christlich-jüdischen Wurzeln des Abendlandes betont. Dieser Unterschied ist bedeutsam, da das „Abendland“ im 19. und frühen 20. Jahrhundert bereits als Begriff für antisemitische Propaganda mobilisiert wurde. Gegenwärtig wird der Begriff regelmäßig in Diskussionen um den Islam und die angeblich drohende → Islamisierung in Deutschland benutzt. Wenn dabei auf die jüdisch-christliche Tradition des Abendlandes verwiesen wird, werden oft historische Tatsachen ausgeblendet. Der Wissenschaftler Wolfgang Benz ist im Spiegel der aktuellen Diskussion deshalb der Ansicht, dass sich die „Muslimfeinde ein christlich-jüdisches Abendland konstruieren, das es nie gegeben hat“ (Benz in Langels 2013). Zuvor wurde dasselbe „Abendland“ Jahrzehnte lang dazu benutzt, um Jüdinnen und Juden auszugrenzen und als Sündenböcke zu diskriminieren. Die Argumentationsmuster der heute anti-muslimischen Aussagen sind den antisemitischen Äußerungen früherer Zeiten strukturell sehr ähnlich (vgl. Benz 2009, 10).

Christliche, jüdische oder „germanische“ Wurzeln?

Im Kontext der extremen Rechten sollte noch genauer unterschieden werden, wie der Begriff benutzt wird, denn es finden sich zum